

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbauarbeiten, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom **Deutschen Baugewerksbund** Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschläufen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die zehngespaltene Zeile 3 M., Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 A.

Fragen der Wohnungswirtschaft.

5. Rationalisierung im Bauwesen.

Zur Verbilligung des Bauens ist es notwendig, die Erzeugnisse der Technik und der Wissenschaft betriebswirtschaftlich zu verwerten. Hierbei muß in erster Linie an die Senkung der Baukosten gedacht werden, und anschließend an die schon oben genannte Verteilung der Bauaufträge auf das ganze Jahr. Wir verweisen außerdem auf die nicht zeitgemäßen riesigen Gewinne der Baufirmen, die trotz größter Abschreibungen über die Dividenden der Vorkriegszeit hinausgehen.

Das Bauwesen ist eines der Gewerbe, das mit einer Tradition in der Betriebsführung belastet ist, die als nicht gut bezeichnet werden kann. Es hat sich daher auch bis zuletzt in vielen Fällen gesträubt, neue Betriebsweisen einzuführen. Unter Bauwesen ist hier in erster Linie das private Klein- und Mittel-Bauunternehmertum zu verstehen. Die Bauarbeiter wirken für rationelle Bauweisen. Sie sind aber nicht für die Rationalisierung um ihrer selbst willen. Rationalisierung im Bauwesen muß erhöhte Produktivität im Interesse eines wesentlich gesteigerten Konsums bedeuten. Die Produktivität darf aber nicht nur in der erhöhten Arbeitsleistung des Hand- und Kopfarbeiters liegen, sondern muß sich vor allen Dingen in einer Senkung der Baukosten auch auf Konto des Unternehmergewinnes auswirken. Ist das der Fall, dann wird eine größere Verbrauchsmöglichkeit an Wohnungen gegeben sein. Allerdings muß die Möglichkeit der Konsumbefriedigung gegeben sein. Damit berührt die Bauwirtschaft das Problem der Gesamtwirtschaft.

Das Gespenst der Reparation wird heute wieder in allen nur möglichen Farben an die Wand gemalt. Wir wissen, daß eine Verringerung der Reparationslast kommen wird und kommen muß; nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern insbesondere im Interesse der Reparationsgläubiger. Darauf bauend, sollten wir unsere Kreditpolitik einstellen. Soll in der Anleihepolitik der verhängnisvolle Fehler der Kriegsjahre wiederholt werden, daß man ein Geldangebot Amerikas noch einmal ausschlägt? Wir wissen, daß Amerika trotz aller Widerwärtigkeiten von Seiten des Reiches Geld für Wohnungsbauzwecke zur Verfügung stellen will. Wir dürfen diese Hilfe nicht zurückweisen, sondern müssen Amerika für Deutschland interessieren. Durch die Gläubigerstellung Amerikas (Anleihe aus Amerika) wächst auch das wirtschaftliche Interesse Amerikas an Deutschland. Amerika ist unbedingt an einem gesunden Deutschland gelegen. Auf diesen Standpunkt hat sich auch Dr. Schacht gestellt, als er das Vorwort zu dem Buch von Sir George Paish schrieb: „Der Weg zur wirtschaftlichen Gesundung der Welt.“ Paish sagt in seinem Kapitel 3: „Kapitalverwertung zum Zwecke der Steigerung der Produktion steigert Einkommen und Kaufkraft; Kapitalverwendung für Kriegszwecke aber mindert die Produktion, verringert das Realeinkommen; der Prozeß wirtschaftlicher Gesundung im letzteren Fall ist notwendig drückend für die Schuldernation.“ (Seite 8.) „Je mehr aber Europas Verschuldung wächst, um so größer werden die Schwierigkeiten der europäischen Wirtschaft, um so gefährlicher wird die allgemeine Wirtschaftslage.“ (Seite 10.) „Man hat offenbar vergessen, daß die starke Zunahme individuellen wie nationalen Reichtums in der Vergangenheit sich aus dem Bestreben der wirtschaftlichen Individuen herleitete, nicht ihre Ausgaben zu beschränken, sondern ihre Einkommen zu erhöhen.“ (Kapitel 4.) „Aus dieser Politik der Einkommenssteigerung

ergaben sich wichtige Folgerungen: Das englische Volk erkannte, daß es seine Produkte im Ausland ohne gleichzeitige Kreditgewährung nicht verkaufen konnte. Es entwickelte sich also ein System des Kaufs gegen bar, des Verkaufs gegen Kredit.“ (Seite 13.)

Das „Bauwerk“ ist das Fachblatt des Deutschen Baugewerksbundes. Es unterrichtet unsere Mitglieder im gewerblichen Wissen und Können. Liest Du das „Bauwerk“?



Im Kapitel 10, beim Abschnitt „Deutschland“, sagt Paish: „Im Jahre 1926 gab allerdings der englische Bergarbeiterstreik Deutschland Gelegenheit zu einer Hebung seiner Ausfuhr von Kohle, Stahl und andern Waren. Gleichzeitig hat der Reichsbankpräsident Schritte unternommen, um die Kapitalaufnahme Deutschlands im Ausland zu beschränken. Trotzdem steht sich Deutschland wiederum gezwungen, um Anleihen in New York und in London nachzusehen; es wird auf diesem Wege fortfahren müssen, solange nicht seine weltwirtschaftliche Stellung ins Gleichgewicht gebracht ist. Gegenwärtig muß also Deutschland im Ausland jährlich bedeutende Summen borgen, um nur die eigene Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Dingen zu versorgen.“ (Seite 39.)

Lohnpolitisch betrachtet, kann man diese Aufgabe, die Möglichkeit der Konsumsteigerung lebensnotwendiger Güter, im Sinne der Reserve auf der Lagung der „Gesellschaft für soziale Reform“ am 28. und 29. Juni 1927 in Hamburg ansehen. Professor Löwe, Kiel, sagte: „Da die durch die Rationalisierung ermöglichte Produktivitätssteigerung weder in steigendem Inlandskonsum noch in entsprechender Weltmarktausfuhr liquidiert werden kann, besteht in der Tat die dauernde Gefahr einer Ueberakkumulation. Eine monopolistische Erhöhung der Konsumquote ist nur ein Mittel, das Gleichgewicht zwischen Produktivität und Konsumgüterindustrien herzustellen. Was wir im vergangenen Jahre auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge im weitesten Umfang erlebt haben, war, auf seinen ökonomischen Kern betrachtet, ein solcher Versuch, zwangsweise einen Teil der Akkumulationsquote der Unternehmungen auf den Konsum zu über-

tragen. Mögen die theoretischen Argumente der Anhänger dieser Politik nicht immer glücklich gewesen sein, im praktischen Ergebnis haben sie, und nicht ihre scharfsinnigen Manchestergegner, gesiegt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland, der allen Prophezeiungen zum Trotz ohne Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung und ohne Senkung der Löhne eingetreten ist, hat gezeigt, daß dieser monopolistische, in diesem Falle staatsmonopolistische Eingriff in die automatische Verteilung der Einkommensquoten die Stabilisierung der Wirtschaft gefördert hat.“ (Seite 111.)

Die Bedeutung des Wohnungsbaues für die gesamte Volkswirtschaft ist damit wohl eindeutig erwiesen. Wir wenden uns auf das schärfste gegen jede Behinderung des Wohnungsbaues durch öffentliche Körperschaften oder einzelne verantwortliche Personen in Reichs- und Staatsämtern. Wir bekämpfen das Bestreben öffentlicher Stellen, die Privatwirtschaft im Wohnungswesen auf Kosten von Reich, Staat und Gemeinden wieder aufzurichten. Die Wohnungswirtschaft der Gegenwart muß um der Zukunft willen getrieben werden. Die zur Zeit lebende Generation darf nicht allein leidend sein für die Sünden und Verbrechen gewesener Reichshaber. Kommende Generationen werden ihr Teil zur Neuordnung aller Verhältnisse ebenfalls beizutragen haben. Aus diesem Grunde sind wir für eine Wohnungsbauanleihe im Ausland, die zu den für die Anleihezeichner günstigsten Bedingungen aufzulegen ist, weil nur dann die breiteste Öffentlichkeit ein Interesse an der Lösung dieser für das gesamte Staatswohl wichtigen Frage zeigen kann. Wenn man sich nicht auf eine Anleihe festlegen will, dann muß die Möglichkeit der Anleiheaufnahme für andere gegeben sein. Sollte es sich in diesem Falle um die Beschaffung eines Grundstocks handeln, dann sind unbedingt Reichsmittel zur Verfügung zu stellen. Bis zur Auswirkung der Anleihe ist das Aufkommen aus der Hauszinssteuer im Vorwege weitestgehend zu verteilen, soweit das nicht schon geschehen ist. Die Gemeinden können die Bürgerschaft für die aufzunehmenden Zwischenkredite übernehmen. Hieran anschließend kann dann an die Verteilung der Mittel der Anleihe herangegangen werden.

Die auf Seite 14 der Denkschrift angedeutete Mieterhöhung werden die Gewerkschaften nur dann vertreten können, wenn sie nicht nur durch Lohnherabsetzung vollkommen weftgemacht, sondern auch restlos dem Volkswohnungsbaue zur Verfügung gestellt wird.

Der Wohnungsbau ist ohne Vereinfachung der Mittel der öffentlichen Hand nicht möglich. Reich und Staaten haben daher alles zu tun, was im Interesse einer vernünftigen Bevölkerungspolitik liegt, weil nur dann eine gesunde, weitblickende Wahrnehmung der öffentlichen Interessen, die Volksinteressen sind, gegeben ist. So tritt die Wechselwirkung ein: Staatsinteresse — Volksinteresse. Dann wird auch nicht der privatwirtschaftliche Standpunkt unbedingt maßgebend sein dürfen, wonach die Wohnungswirtschaft nur nach dem Rentabilitätsprinzip anzusehen ist. Der Bedarf steht im Vordergrund. Vom Bedarf muß ausgegangen werden, um das, was nötig ist, auf jeden Fall sicherzustellen. Steht der Bedarf fest, so sind die Mittel zur Befriedigung dieser elementaren Forderung des Volksganzen, gesunde Wohnverhältnisse zu haben, auch zu bewilligen und aufzubringen. So aufgebrachte Mittel sind wahrhaft im Sinne der Volksgesamtheit verwendet und damit produktiv für alle Zwecke angelegt. So betriebene Staatspolitik ist Bevölkerungspolitik im weitestgehenden Sinne des Wortes und beweist die Verantwortung der Leiter des Staates für das Wohl des Volkes! Sugo Scheibel.

Der Hilseschrei nach Barker Gilbert.

Das Schlichtungsverfahren steht heute wieder vielfach im Vordergrund der Erörterungen. Rechts und ganz links wird es als Scheußlichkeit verdammt. Die Wahrheit liegt in der Mitte: Das Schlichtungsverfahren ist an und für sich nicht zu verwerfen, vielmehr ist nötig, es auszubauen zugunsten der Arbeiterkraft und vor allem manche Hemmnisse in dem heutigen Verfahren auszuscheiden. Doch das wäre eine Zukunftsaufgabe, deren Gelingen in starkem Maße abhängt vom Ausgang der nächsten Reichstagswahlen. Halten wir zunächst einmal fest, daß die deutschen Unternehmer, vor allem die Schwerindustriellen, grimmige Feinde des Schlichtungsverfahrens sind. Sie verlangen dessen Beseitigung, auch die Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung. Hierfür führen sie allerlei schlüpfrige Gründe ins Feld; kürzlich sind sie sogar auf die blödsinnige Idee verfallen, sich darüber aus dem „bejorgten“ Zustand etwas schreiben zu lassen. Eine Firma in Basel hat ihre Bedenken in dieser Richtung dem Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen Industrie geschrieben, und dieser hat das Schreiben für so wertvoll erachtet, daß er es vervielfältigt weiterverbreitet hat. In dem Schreiben wird zunächst „geklagt“ über die Sorglosigkeit, mit der „Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft und Finanz der künftigen Lohnsteigerung in Deutschland und der bedenkenlichen, daraus hervorgehenden Lage für die deutsche Wirtschaft zusehen“. Dann heißt es weiter:

„Hoffentlich wird man in Deutschland nicht warten, bis Parker Gilbert hervortritt, denn Reparationen können ja nur von einem exportfähigen Deutschland bezahlt werden; mit jeder weiteren Lohnsteigerung macht sich aber Deutschland bemerkt und systematisch weniger exportfähig, und zwar handelt es sich, was das Bedenkliche ist, um das amtliche Deutschland; denn das Arbeitsministerium läßt in einer stets gleichen Richtung die Schlichter urteilen und erklärt die stets erhöhten Löhne regelmäßig für verbindlich. Wird man also weit davon entfernt sein, daß der Reparationsagent bald sagen kann, daß die deutsche Regierung den Dawes-Plan sabotiert? Das Deutschland des Dawes-Plans erhob sich periodisch, und zwar amtlich, in einer effektiv untragbaren Weise die Löhne, was auch auf die Gehälter rückwirkte. In keinem umliegenden Land, überhaupt wohl in keinem Land Europas, kennt man etwas Ähnliches; in Jahren hat man zum Beispiel in Frankreich nichts von einer Lohnsteigerung gehört, dagegen in zahlreichen Ländern von Lohnabbau. — Auf Grund des Schlichtungsverfahrens urteilt ein der Materie mehr oder weniger völlig fremder Schlichter in kürzester Zeit; er ist nicht in der Lage, die von den beiden Seiten vorgebrachten Momente im Grunde zu beurteilen; er weiß unmöglich, ob ein Unternehmer, wenn er die Löhne für untragbar erklärt, aufrichtig ist; in jeder Lage kann der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch für verbindlich erklären; ist für einen Unternehmer der verbindliche Schiedspruch wirklich untragbar, so gibt es gar keine andere Möglichkeit als zugrunde zu gehen; läßt er nämlich auf Grund untragbarer Löhne das Werk arbeiten, so geht es zugrunde; legt er aber das Werk still, so geht es wegen der Steuern, und da immer Schulden vorhanden sind, auch bestimmt zugrunde. Auf Grund des heutigen Systems wird beiden Seiten, besonders aber dem Arbeiter, jede wirkliche Verantwortlichkeit genommen; er verlangt eine beliebig große Lohnsteigerung und bekommt damit immer eine Erhöhung.“

So geht es in dem Schreiben mit Grazie weiter. Der Wasser Brief verlangt, es müsse gebrochen werden mit dem „geradezu amtlichen System der kurzperiodischen Lohnsteigerung, das ganz ohne Rücksicht auf die andern konkurrierenden Länder den Arbeiter immer regelmäßiger zu Lohnforderungen veranlaßt, aus Gewohnheit, nicht aus Notwendigkeit. Das zerstört die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt.“ Es müsse den deutschen Unternehmern die Freiheit gegeben werden, sich mit

den Gewerkschaften direkt auseinanderzusetzen.

So etwas lassen sich die deutschen Unternehmer „aus Basel“ schreiben. Warum aus Basel? Nun ja, es läßt ja nicht „patriotisch“ aus, wenn Deutsche nach Gilbert schreien! Da läßt man halt aus Basel nach ihm rufen. Damit ist dann das „patriotische“ Dekorum gewahrt und der Zweck der Werbung wird trotzdem erfüllt. Wie steht es denn aber in Wirklichkeit? Die Löhne und Gehälter in Deutschland stehen weit unter denen der Konkurrenzländer. Vielleicht weiß man das auch nur in Deutschland, weshalb der Wasser Brief pagrecht ist. Ja, und nur aus Gewohnheit stellen die bösen deutschen Arbeiter Forderungen, nicht aus Notwendigkeit. Was sagt dagegen das Statistische Reichsamt? Es ermittelte im Januar 1928 für Waren und Gegenstände aller Art als Monatsauskosten für eine Arbeiterfamilie 198,30 M, und dabei bezeichnete das Reichsamt dieses Arbeiterhaushaltsbudget noch dazu als unvollständig. Man kann demnach diese 198,30 M als das Existenzminimum für eine Arbeiterfamilie betrachten. Und da der Monatsverdienst eines Arbeiters demnach rund 216 M betragen müßte, denn es gehen ja vom Bruttolohn noch Steuern und Sozialabgaben ab, so müßte ein Arbeiter bei voller Beschäftigung zu 108 Stunden im Monat je Stunde 2 Reichsmark Lohn erhalten, um nur seine und seiner Familie dringende Bedürfnisse zu befriedigen! Wo sind die Arbeiter in Deutschland, die 2 M Stundenlohn erhalten und außerdem ständig Beschäftigung haben? Ist nicht die Arbeitslosigkeit groß und gibt es nicht viele Arbeiter, die stündlich 50 S, also nur den vierten Teil des amtlich errechneten Existenzminimums als Hungerlohn erhalten? Unter diesen Umständen gehört wahrhaftig eine dreifache Stund dazu, zu behaupten, die Arbeiter stellen Lohnforderungen nur aus Gewohnheit und nicht aus Notwendigkeit! In Wirklichkeit werden die Forderungen gestellt, um die Arbeiter vor gänzlicher Verelendung zu schützen! Das ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Und eine solche Tätigkeit ist patriotischer als das Geschrei deutscher Unternehmer nach dem Reparationsagenten Gilbert. Der Umweg über Bachmann für Bedingungs, daß bei ihnen noch ein bißchen Schmach für Dekoration vorhanden ist. Aber für Schande steht schon allen Zeiten fest, daß das Unternehmertum den Patriotismus nur im Munde führt und stets bereit ist, im Interesse des heiligen Privatprofits auch glatte, sogenannte patriotische Interessen zu opfern! Mögen die deutschen Arbeiter bei der nächsten Reichstagswahl ihre Pflicht tun und „Volksvertreter“ dieser Art zum Teufel jagen!

Die Wohnungsbaufrage im Reichstag.

Der Reichstagsausschuß für das Wohnungsproblem, dessen Berichterstatter unser kollege Heinrich Härtmann ist, erludt den Reichstag, folgende Entschlüsse anzunehmen:

„Der Reichstag erklärt es für notwendig, den Mißstand an fehlenden Wohnungen, den durch Abbruch unbrauchbarer Wohnungen und Behelfsbauten, den durch Entschlüsselungen entstehenden jährlichen Neubedarf sowie den Bedarf für einen entsprechenden Leerstand und die einen planmäßigen bis Ende 1935 zu decken und die einen solchen planmäßigen Wohnungspolitik des Reiches etwa entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Zu diesem Zwecke ist in jedem der nächsten Jahre ein Anzahl von Wohnungen heraufzustellen, die möglichst weit über 200 000 hinausgeht.“

Ferner wird die Reichsregierung erludt, auf die Reichsverwaltungen, die Länder, die Reichsbahn-Gesellschaft und Reichspost sowie auf die Industrieunternehmer dahin einzuwirken, auch weiterhin für ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter Wohnungen zu erbauen; ferner soll die Reichsregierung dahin wirken, daß die Gemeinden erneut veranlaßt werden, den für den Wohnungsbau erforderlichen Grund und Boden im Bedarfsfalle zu be-

schaffen und zu angemessenen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, um die Anlegung einer erträglichen Miete zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere, soweit mit Hilfe der Inflation erworbener Bodenvermögen in Frage kommt; des weiteren soll die Reichsregierung beachten, bei der Berechnung der Anschließungskosten und Anliegerleistungen, namentlich für die Herstellung von Straßen und sonstigen Einrichtungen tunlichste Verbilligungen herbeizuführen, bei Gründung neuer Siedlungen der Städte darauf Bedacht nehmen, daß das Siedlungsvorhaben einschließlich der zugehörigen Verkehrspläne im Einvernehmen verfolgt wird, nachbarten ländlichen Kommunalverwaltungen das Wohnbaues neben Kleinwohnungsbauten und Eigenheimen Zweioberdreizimmerwohnungen mit Küche bevorzugt werden. Ferner soll die Reichsregierung zur Deckung des Selbstbeitrages der Dauerkredite für den Wohnungsbau vom Jahre 1927 für Vorauszahlungen bis zur Höhe von 350 Millionen Mark sorgen. Zur Verjüngung und Amortisation dieser Anleihen soll der Amortisationsrückfluß für aus der Hauszinssteuer gewährte Darlehen und Hypotheken bereitstellen; ferner sind neben der Hauszinssteuer die verfügbaren Fondsmittel, auch solcher der Sparkassen, der öffentlichen rechtlichen Kreditanstalten, der sozialen Versicherungsanstalten, namentlich auch der Arbeitslosenversicherung, in möglichst starkem Maße heranzuziehen.

Weitere Anträge des Reichstagsausschusses für das Wohnungsproblem verlangen die Anerkennung des Grundgesetzes, daß die Hauszinssteuerhypotheken und die Hauszinssteuerzuschüsse dem Reiche gehören und die Kontrolle der Verwendung reichsrechtlich gesichert wird. Eine Anzahl weiterer Anträge bewegt sich gleichfalls in der Richtung der Förderung des Wohnungsbaues, unter anderem sollen die Länder veranlaßt werden, über die Verwendung der Hauszinssteuer der Reichsregierung zu berichten. Wir werden über den Ausgang der Verhandlungen im Reichstag später berichten.

Wohnungsbaubilanz des Jahres 1927.

Die nunmehr vorliegenden amtlichen Zahlen über die Neuerstellung von Gebäuden und die erteilten Bauerlaubnisse im Dezember lassen eine Zusammenfassung der Gesamtbaubilanz im abgelaufenen Jahr zu, die interessante Aufschlüsse über die Baumarktenentwicklung und die weiteren Bauaussichten gibt. Die Statistik läßt erkennen, daß im Jahre 1927 zum erstenmal in der Nachkriegszeit nicht nur der laufende Bedarf an Wohnungen gedeckt, sondern darüber hinaus auch noch ein Teil des abgedragenen Vorbestandes übernommenen Selbstbestandes abgetragen werden konnte. Unter dem Druck der Wohnungsnot und begünstigt durch die in den ersten Monaten des Jahres 1927 gebesserten Finanzierungsverhältnisse hatte sich im vergangenen Jahr ein ziemlich starker Baummilieu entwickelt, der bis in den Herbst hinein anhielt. Als Folge der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage entsfaltete sich allmählich neben dem umfangreichen Wohnungsbau auch eine recht erhebliche gewerbliche und industrielle Bautätigkeit. Dem gegenüber hielten sich jedoch die Bauaufträge der Landwirtschaft während des ganzen Jahres in engen Grenzen.

Die Gesamtbaubilanz des Jahres 1927 sowie die Zahl der erteilten Bauerlaubnisse ist im einzelnen aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

	für öffentl. Zwecke		für gewerbl. und wirtschaftl. Zwecke		Wohngebäude
	1926	1927	1926	1927	
1. Vierteljahr . . .	68	98	1542	1261	4602 5468
2. " . . .	80	79	1249	1076	4441 5402
3. " . . .	77	98	1197	1146	4840 5000
4. " . . .	119	130	1330	1680	7333 9579
Gesamtergebnis	344	405	5318	5163	21216 27049

Leipziger Messe.

Ein Schauspiel eigener Art ist die Leipziger Messe. Nirgendwo wird man die Ergebnisse menschlichen Schaffens in solcher Fülle vereint sehen wie in Leipzig. Was die vereinigten Anstrengungen von Körper und Geist geschaffen, was der Kulturformen zum Leben bedarf, das ist auf der Messe der guten alten Seestadt Leipzig zu sehen. Das hervorstechendste der Messe ist ihre Maßigkeit und ihre Ziellosigkeit. Die diesjährige Frühjahrsmesse übertraf fast alle ihre Vorgänger. Die Ausstellerzahl war auf 10 200 gestiegen gegen 9250 im Frühjahr 1927. Darunter befanden sich 1123 ausländische Firmen. Frankreich, Italien, England, Rußland, Desterreich, die Tschechoslowakei und die Schweiz waren mit ihren Erzeugnissen vertreten. Die Zahl der ausländischen Einkäufer betrug rund 28 000, aus allen 5 Erdteilen waren sie gekommen. Die Gesamtbesucherzahl betrug weit über 100 000. Am Messelonnabend allein 103 000 Besucher durch die Sperre der technischen Messe. Ein herrliches Frühjahrsfest gab der Messe einen besonderen Glanz. Die diesjährige Frühjahrsmesse ist im ganzen gesehen eine gute Mittelmesse gewesen. Manche Branchen haben überraschend gut abgekniffen, während andere aber ein weniger gutes Geschäft betreiben konnten. Jedenfalls sind erhebliche Aufträge bezogen worden. Es waren Firmen vertreten, die durch ihr Messengeschäft bis zum Herbst voll beschäftigt sein werden. Teilweise wurden sogar Lieferfristen gefordert. Andere Geschäfte haben allerdings kaum die Spesen verdient.

Die Leipziger Messe zerfällt in zwei große Teile: die Allgemeine Mustermesse und die technische Messe. Die technische Messe ist etwas hervorragendes. Halle reißt sich an Halle. Von Jahr zu Jahr werden es mehr. Und noch immer scheint die so genallige Schau technischen Könnens nicht an ihrem Ende angekommen zu sein. Ein buntes Gemimmel von Fahren, wozon gleich am Eingang die rote Fahne Sowjetrußlands deutlich absteht. Menschen strömen von Halle zu Halle; wer zählt die Völker, nennt die Namen? Nur wer jedes Jahr Gelegenheit hat,

die Messe der Pleißestadt zu besuchen, kann feststellen, wie die Technik fortschreitet. Ein besserer Anschauungsunterricht als die Leipziger Messe ist nicht denkbar. Man hat Mühe, dem rasenden Fortschritt zu folgen. Im stillen muß man sich das Bild aus, wie wohl die Welt in 50 Jahren aussehen wird. Jedenfalls wird mit der Technik die Kultur fortschreiten.

Es fällt schwer, durch Einzelbeschreibungen einen zusammenfassenden Überblick zu geben. Versuchen wir es, so ist zuerst zu erwähnen. Eine riesige Halle, für uns jeder Besucher schon deshalb interessant, weil sie überacht von einer sich völlig tragenden, von keinem Bogen, von keinem Pfeiler getragenen Konstruktion, ist von der Kraftwagenindustrie völlig belegt. Die Fortschritte im Automobilsbau werden deutlich offenbar. Sowohl in Kraftlastwagen als in Omnibussen waren bemerkenswerte Leistungen vertreten. Vom großen Lastkraftwagen bis zum flinken Lieferwagen wurden Erzeugnisse zur Schau gestellt. Im Kraftkraftwagenbau ist Deutschland konkurrenzfähig, was auch durch folgende Ausfuhr bewiesen wird. — Das Gas der Elektrotechnik war bis auf den letzten Platz belegt. Voran die beiden Riesen Siemens & Halske und AEG. Von den stärksten Motoren bis zum kleinsten Küchenapparat, vom Rasen-Spannungsmander bis zum feinsten Meßinstrument und zum elektrischen Handbuch war alles vertreten. — Der allgemeine Maschinenbau hatte nicht weniger als 4 Hallen belegt. Durchwanderte man diese Hallen, so mußte man die Zuversicht haben, daß Deutschland auch hier noch einmal in jeder Hinsicht konkurrenzfähig werden wird. Auch der Werkzeugmaschinenbau zeigt weitere Fortschritte. Neben den Schwermaschinen waren alle Abteilungen bis zum elektrisch betriebenen Arbeitsgerät zu sehen. Das Streben nach höherer Leistungsfähigkeit war überall bemerkbar. Die Rationalisierung zeigt sich besonders in Maschinenbau. Dem Menschen wird im Produktionsprozeß eine völlig veränderte Rolle zugewiesen. Auch die Baumaschine, die zum erstenmal als geschlossene G. m. b. H.

auftrat, bot gute Uebersichten. Ueber die Einzelheiten der Baumaschine werden wir demnächst in einem besonderen Aufsatz im „Grundstein“ berichten.

Von der allgemeinen Mustermesse ist zunächst die Textilmesse zu erwähnen. 930 Firmen hatten auf einer Fläche von 14 000 qm ausgestellt. Die Textilmesse hatte einen stark internationalen Einschlag. Alle 5 Erdteile waren vertreten. Die Schuh- und Ledermesse hat nicht gerade gut abgekniffen. Der Verkaufsgang in Schuhmaschinen und Schuhmacherwerkzeugen war zufriedenstellend. Von der Spielwarenindustrie hatten 820 Firmen ausgestellt. Die Sprechmaschinen- und Schallplattenindustrie hat wohl am besten abgekniffen. Das Geschäft war teilweise glänzend. Sie erwähnen sind noch die Wachsmeße sowie die Lederwaren, Reiseartikel, Musikinstrumente und Galanteriemaren, die auf der Mustermesse ausgestellt waren.

Die diesjährige Frühjahrsmesse war eine Spitzenleistung. Sie hat, soweit die Aussteller in Frage kommen, nicht nur ihre Vorgänger, sondern auch jede Ausstellungs- messe erheblich übertraffen. Die Erfolge waren auf der technischen Messe gut. Die Erfahrung lehrt, daß die Geschäfte erst nachgelagert. Eins hat diese Messe mit aller Deutlichkeit gezeigt: die deutsche Industrie muß mit ihrer Preisberechnung den Bogen nicht überspannen. Die Aussteller in Leipzig haben namentlich den Ausländern erhebliche Nachteile gewähren müssen. Vieles hat aber auch die Geldknappheit ungünstig gewirkt. Daß die Leipziger Messe solche Geschäfte machen konnte und teilweise auf lange Sicht gekauft und disponiert wurde, kann als Maßstab dafür gelten, wie die deutsche Inlandskonjunktur vor der Wirtschaftswelt beurteilt wird. Man rechnet von der Wirtschaftswelt beurteilt wird. Man rechnet mit ihrer gut mit ihrer guten Geschäftslage. Die Messe ist das Kennzeichen einer annähernd guten Konjunktur. Sie legt nur noch daran, die Inlandskaufkraft zu stärken, und wir können beruhigt in die Zukunft leben. Kaufkraft- Abfallfähigkeit, diese beiden Begriffe lagen wie ein Schatten über der Leipziger Messe. Die Gewerkschaften werden stets nach dieser Richtung hin bemüht sein.

Erteilte Baugenehmigungen in 91 Städten:

Table with 4 columns: Vierteljahr, für öffentl. Zwecke, für gewerblich-wirtschaftl. Zwecke, Wohnungsbau. Rows for 1. Vierteljahr, 2., 3., 4. and Gesamtresultat.

Die Zahl der in den 91 Groß- und Mittelfstädten fertiggestellten Wohngebäude war mit 27 049 um 27%, die Zahl der öffentlichen Gebäude mit 405 um 18% größer als im Vorjahr...

Bemerkenswert ist noch anschließend, daß der Mehrbau von Wohnungen im Jahre 1927 hat nicht verhindert, daß trotzdem und trotz des Achtstundentages im Baugewerbe viele tausende Bauarbeiter monatelang ohne Arbeit waren...

Ein „sozial gerichtetes“ Arbeitsamt.

In Tüßlingen, im Württembergischen, sah es am 9. März so aus, als ob eine Revolution ausgebrochen sei. Vor dem Bureau unserer Baugewerkschaft klagte sich eine große Menschenmenge...

Nachmittags 1 1/2 Uhr begann dann die Verhandlung. Der Verhandlungsstapel war gedrängt voll. Der Vorsitzende glaubte angesichts dieses Andranges den „starken Mann“ mimen zu müssen...

So nun kann die Internerpretation wieder anlässlich dieses Voralles unter den nötigen Verdröhungen schimpfen über faulenzende Arbeiter, die angesichts der „schönen“ Arbeitslosenunterstützung jede Arbeit verweigern...

Zur Lehrlingsfrage im Zöpfer- und Glasergerber.

Durch den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages für das Baugewerbe und des Reichsarbeitsvertrages für handwerkliche Arbeiten ist es gelungen, für Maurer, Zimmerer, Beton- und Stukkatourerlehrlinge tarifvertragliche Abmachungen über die Löhne, über die Bezahlung der in die Arbeitszeit fallenden Schulstunden und über Ferien zu treffen...

Die Gewerkschaften sehen nach der herrschenden Rechtsmeinung die Berechtigung zur Regelung der privatrechtlichen Seite des Lehrvertrages zu. Die privatrechtliche Seite umfaßt aber Lohn, Bezahlung der in die Arbeitszeit fallenden Schulstunden, Ferien, Einschreibgebühr, Losprechungsgeld...

Wenn das nicht sofort gelingt — und es wird nicht von heute auf morgen zu verwirklichen sein — so müssen wir andere Maßnahmen ergreifen. Wir müssen mit Hilfe der Gesellenauschüßmitglieder eine Erhöhung der Lohnsätze der Lehrlinge durchzuführen versuchen...

In unserer Schrift „Zur Lehrlingsfrage im Baugewerbe“ ist über die Aufgaben und über die Rechte des Gesellenauschüßes geschrieben worden. Im § 95 der Gewerbeordnung ist festgelegt, daß der Gesellenauschüß an der Regelung des Lehrlingswesens zu beteiligen ist...

Die Durchführung weiterer Forderungen soll aber nicht in die ferne Zukunft verlegt werden. Die Maßnahme bei der Ausbildung der Lehrlinge sind dauernd zu beachten, zu be-

ansanden und abzustellen. Ueber die Tragung der Prüfungsgebühren, Festsetzung von Lehrlingshöchstlöhnen und die Ueberwachung des Lehrverhältnisses hat gleichfalls nach Kräften alles zu geschehen. Wir müssen den Unternehmern auf die Finger sehen, damit sie ihren Verpflichtungen — eine ordnungsgemäße Ausbildung der Lehrlinge — in jeder Beziehung nachkommen.

In vielen Orten wird der Gesellenauschüß bei der Mauererinnung bereits Erfahrungen haben sammeln können. Notwendig und zweckmäßig erscheint es, gemeinsame Sitzungen der verschiedenen Gesellenauschüße durchzuführen. Die Arbeit bei dieser oder jener Innung wird sich nach den Erfahrungen anderer Gesellenauschüßmitglieder wesentlich anders und besser gestalten lassen...

Besont sei nochmals: Unsere Kollegen in den Gesellenauschüßen der Zöpfer- und Glaserinnungen müssen wegen der Regelung der Lehrverhältnisse in ihrem Gewerbe tätig sein. Hinweise auf die Befassung der Tätigkeit sind in der von den Baugewerkschaften zu erhaltenden Schrift „Zur Lehrlingsfrage im Baugewerbe“ ausreichend gegeben.

Reichskonferenz der Asphaltierer.

Zum 3. März waren Vertreter der Asphaltiererguppe aus allen Teilen des Reiches zu einer Konferenz nach Berlin geladen. Der Bundesvorsitzende Bernhardt, der die Tagung mit einer stempelnden Gedächtnisrede für den verstorbenen Reichsarbeitsgruppenleiter der Asphaltierer, Kollegen Gustav Linck, eröffnete, erklärte anschließend, die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Asphaltgewerbe gebieten, eine Aussprache zu pflegen über die künftige Taktik in dieser Frage...

In der ausgedehnten Aussprache berichteten die Kollegen auch eingehend über die örtlichen Verhältnisse. In dem etwaigen Abschluß eines Reichsantelartarifs wurden teilweise starke Bedenken geäußert. Schließlich wurde die folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages. Der Bundesvorstand erhält den Auftrag, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und dann, wenn er zur Ueberzeugung kommt, daß der Abschluß für die im Asphaltgewerbe tätigen Kollegen Vorteile bringen kann, der Sache selbst näherzutreten...

Hierauf wurde eine Tarifkommission eingesetzt. Sie besteht aus den Kollegen Otto, Hamburg, Krieger, Berlin, W. M. a. n., Leipzig, W. S. l., München, W. o. n. e., Gelsenkirchen, K. a. m. p. e. r., Eberfeld, M. a. u. f. e., Frankfurt a. M. Dann schloß Kollege Bernhardt nach einem kurzen Schlußwort die Tagung in der Hoffnung, daß die Asphaltierer in Zukunft eine rühmliche Werberbeit für ihre Organisation, den Deutschen Baugewerksbund, entfalten mögen.

Aus der Sozialgesetzgebung

Sterbegeld in der Krankenversicherung. Die Krankenkassen zahlen beim Tode eines Versicherten als Sterbegeld das Zwanzigfache des Grundlohnes als Regelleistung. Die Satzung einer Krankenkasse kann das Sterbegeld bis zum Vierzigfachen des Grundlohnes festsetzen. Der Mindestbetrag des Sterbegeldes beträgt 50 M. Die Satzung der Krankenkasse kann auch bestimmen, daß beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes eines Versicherten Sterbegeld gezahlt wird...

Erwerbslosenunterstützung im 2. Vierteljahr 1927.

Large table with columns for age groups (18-20, 21-30, 31-40, 41-50, 51-60, über 60) and duration of unemployment (up to 14 weeks). Rows for A. Krankenunterstützung and B. Arbeitslosenunterstützung.

AUS DEM ARBEITSRECHT

Nachtarbeit oder Wechselsschicht?

Am 20. Februar 1928 lehnte das Tarifamt Berlin den Antrag einer Belegschaft auf Gewährung des 50prozentigen Nachzuschlages ab. Am 23. Februar 1928 gab jedoch das Landesarbeitsgericht Berlin in einer gleichen Sache bei völlig gleichem Tatbestand, der Klage auf Gewährung von Nachzuschlag statt. Der Tatbestand ist folgender: Der Kläger war bei der Firma Siemens-Waunion als Bauphilzarbeiter beschäftigt. Seine Arbeitszeit fiel dauernd in die Stunden von 11,30 Uhr abends bis 7,30 Uhr morgens. Er ist der Ansicht, daß er für die in die Nachtzeit fallenden Stunden, das ist die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh, 50% Zuschlag tariflich und ortsüblich zu verlangen habe, und batte demgemäß Klage erhoben. Das Arbeitsgericht hatte den Klageanspruch anerkannt, und die Belegschaft erneuert geltend, daß der § 4 Nr. 5a des Reichsarbeitsvertrages auf den vorliegenden Fall Anwendung finden müsse, weil die Baustelle I stiftlich der Spree, auf der der Kläger gearbeitet habe, und die Baustelle II (Insel) westlich der Spree, auf der in mehreren Schichten gearbeitet wurde, eine einheitliche Baustelle bilden. Wenn der Kläger und die mit ihm auf der Baustelle I beschäftigten Arbeiter auch dauernd während der Nacht beschäftigt worden seien, so bildeten sie doch mit der auf Baustelle II tätigen Kolonne eine einheitliche Arbeiterkraft.

Das Landesarbeitsgericht verwarf die Berufung der Firma und gab dazu Entscheidungsgründe, von denen wir die grundlegenden Sätze mitteilen (104. S. 77. 28. 18. Verkündet am 23. Februar 1928): „Die Frage, ob nach dem Ortsstatut der Kläger 50% für Nachtarbeit verlangen kann, betrifft die Auslegung des Tarifvertrages. In § 2 Nr. 3 des Tarifvertrages ist bestimmt: Zu den Löhnen werden an besonderen Zuschlägen bezahlt: a) für Leberstunden 20%, b) für Nachtarbeit 50%... k) Wenn in besonderen Fällen unter Wechsel der Arbeiterkraft in mehreren Schichten gearbeitet wird, so ist für diejenigen Schichten, die zu mehr als drei Vierteln in die Nachtzeit fallen, von der auf den 1. Oktober 1927 folgenden Lohnhöhe ein ein- bis fünfzigprozentiger Zuschlag zu zahlen. Die Klage ist... unbegründet, wenn der Fall des § 2 Nr. 3k vorliegt, daß unter Wechsel der Arbeiterkraft in mehreren Schichten gearbeitet werden soll.“ Die Beklagte behauptet, daß unter Wechsel dieses Falles, indem sie die gesamte Arbeiterkraft, die zur Ausführung des Bauauftrages angenommen war, als einheitliche Belegschaft ansieht und davon ausgeht, daß die Baustelle dadurch, daß sie in mehrere Einzelabschnitte zerfällt, ihren einheitlichen Charakter nicht verliere. Die Klage geht mithin von der objektiven Seite aus, die sie von dem Standpunkt des Unternehmers aus betrachtet. Der Kläger hält umgekehrt die Frage für entscheidend, wie sich die Tätigkeit als solche für den Arbeitnehmer darstellt, und hält für wesentlich, daß subjektiv für ihn ein Wechsel der Arbeiterkraft und ein Arbeiten in mehreren Schichten nicht vorgelegen hat. Er meint, daß der erhöhte Zuschlag für Nachtarbeit stets demjenigen einzelnen Arbeiter zukommen müsse, der ununterbrochen und ohne Verteilung seiner Arbeitszeit auf die verschiedenen Abschnitte des Tages tätig gewesen ist. Das Landesarbeitsgericht hält in Uebereinstimmung mit dem Arbeitsgericht diese letztere Auffassung für richtig. Es muß davon ausgegangen werden, daß als Regel der Nachzuschlag von den Parteien gewollt ist, und daß er ausnahmsweise nur dann wegfällt, wenn die erhöhte

Beanspruchung der Arbeitskraft des während der Nacht tätigen einzelnen Arbeiters dadurch ausgeglichen würde, daß derselbe Arbeiter abwechselnd auch wieder tagsüber zur Arbeit herangezogen würde. Der Schichtwechsel ist mithin nicht räumlich, sondern persönlich zu verstehen. Wenn in vorliegendem Fall die Arbeiter der Baustelle I stiftlich der Spree deswegen, weil die Bahn nur während der Nacht beschaffen konnte, auch nur während der Nacht beschäftigt wurden, so ist ein Schichtwechsel für diese Arbeiter zu verneinen. Wollte die Beklagte die Nachzulage vermeiden, so fand es ihr frei, einen Wechsel der auf der Baustelle I und der Baustelle II westlich der Spree beschäftigten Arbeiter herbeizuführen. Der Umstand, daß auf der Baustelle II, an die zur Dammaufführung die erforderliche Erde durch Röhre von der Spree aus herangezogen wurde, in mehreren Schichten gearbeitet wurde, ist allein nicht ausreichend, um der ohne Schichtwechsel tätigen Kolonne stiftlich der Spree den Zuschlag für Nachtarbeit zu verweigern. Die Höhe des Nachzuschlages ist vom Arbeitsgericht zutreffend auf 50% entsprechend dem Ortsstatut bemessen worden. Wenn in einem ansehnlich ähnlich liegenden Fall die Vertragsparteien des Berliner Tarifstatuts sich dahin geeinigt haben, daß für die Arbeiten an Berliner Bahnhöfen ein Nachzuschlag von 25% gezahlt werde, so ist diese Einigung nicht als eine Ergänzung des Ortsstatuts anzusehen und hat nicht für alle Fälle bindende Wirkung. Eine Einigung auf der Grundlage von 25% haben die Parteien dieses Reichsstatutes abgelehnt. Das Gericht mußte sich daher an den für den vorliegenden Fall anwendbaren Tarifvertrag halten, da es nur zur Auslegung des Vertrages, nicht aber etwa zu seiner Ergänzung durch Einfügung eines neuen Lohnsatzes befugt ist. ... Am einer... vertraglichen Einigung vor dem Haupttarifamt nicht vorzugreifen, hält das Landesarbeitsgericht es für zweckmäßig, die Revision nicht zuzulassen, zumal die Entscheidung im wesentlichen auf tatsächlicher Würdigung und Auslegung des bestehenden Tarifvertrages beruht.“

Das Landesarbeitsgericht hat in Uebereinstimmung mit den Kommentaren zur Arbeitszeitverordnung zu dem Begriff der Wechselsschicht Stellung genommen. In dem Kommentar zur Verordnung über die Arbeitszeit von Dr. Sypura (Berlin 1924, Seite 104) findet sich der Satz, daß es nicht angängig ist, eine Gruppe Monate hindurch Nachtarbeit verrichten zu lassen. Vielmehr soll für die einzelnen Gruppen ein Schichtwechsel eintreten. Entscheidend ist, daß der Begriff der Wechselsschicht vom subjektiven Standpunkt aus zu betrachten, der Schichtwechsel also persönlich zu verstehen ist. Der einzelne Arbeiter muß also selbst wechseln; es genügt nicht, wenn zwei Arbeitergruppen in ihrer Arbeit abwechseln. Nach der Arbeitszeitverordnung kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Schichtwechsel spätestens nach einer Woche vorgenommen werden muß. Denn die Arbeitszeitverordnung gründet sich auf dem Grundfah der 48-Stunden-Woche. Außerdem wird wöchentlich entlohnt. Wenn also Arbeiter länger als eine Woche nachts arbeiten und erst dann abgewechselt werden, ist für die Zeit über die eine Woche hinaus auf alle Fälle der Nachtarbeitszuschlag zu zahlen. — Wesentlich ist auch in dem Landesarbeitsgerichtsurteil die Bemerkung, daß der Nachtarbeitszuschlag als das Normale von den Parteien gewollt ist, und die Wechselsschicht nur einen Ausnahmefall darstellt. — Wechselsschicht ist nach dem ausdrücklichen Wortlaut des Ortsstatuts und des Reichsstatuts (§ 4 Ziffer 5a) nur in „besonderen Fällen“ anzunehmen.

Kein Ausschluß der Arbeitsgerichtsbarkeit durch Lehrvertrag.

Die Baumeister-Jungung zu Großenhain hat ihren Lehrvertragsmustern eine neue Ziffer angefügt, die sehr verdächtig nach Rechtsbeugung riecht; denn mit dieser neuen Ziffer soll nichts mehr und nichts weniger erreicht werden, als tarifrechtliche Bestimmungen abzugeben und die Arbeitsgerichtsbarkeit auszuschalten. Die Bestimmung hat folgenden Wortlaut: „Alle Streitigkeiten aus diesem Lehrvertrage entscheiden unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges der Ausschluß für Lehrlingswesen. Anträge auf Entscheidung sind binnen einer Ausschlussfrist von 14 Tagen seit Entstehen des Streites bei dem bezeichneten Ausschluß anzubringen.“ — Diese Bestimmung ist nicht unbedenklich; denn es können Lehrlingen bei der Verfolgung ihrer Rechtsansprüche Schwierigkeiten entstehen. Die Rechtslage ist so, daß nach § 4 des Arbeitsgerichtsgesetzes in den Fällen des § 2 Nr. 1 bis 4 AOB die Arbeitsgerichtsbarkeit durch Schiedsvertrag oder Vereinbarung ausgeschlossen werden kann. Dies ist aber grundsätzlich nur durch die Tarifvertragsparteien zulässig. Eine Bestimmung im Lehrvertrage, die den Ausschluß der Arbeitsgerichtsbarkeit auspricht, ist rechtsunzulässig, schließt also die Befreiung des ordentlichen Rechtsweges vor den Arbeitsgerichten nicht aus. In dem obigen Fall um so mehr nicht, weil der Ausschluß für Lehrlingswesen bei der Jungung nicht an die Stelle der Arbeitsgerichte tretendes tarifliches Schiedsgericht ist, ferner deshalb nicht, weil die in Betracht kommenden Lehrungsverträge durch unsern Reichsarbeitsvertrag geregelt sind. Die Unterzeichnung einer Bestimmung, wie die oben kritisierte, sollte — trotzdem schon am allen Schwierigkeiten zu begegnen — von den Eltern und Erziehungsberechtigten abgelehnt werden.

Die Herausgabe des „Lehrgeldes“ als Mittel zur Umgehung des Tariflohnes ist unstatthaft.

Der Ausschluß für das Lehrlingswesen der freien Jungung der Maurer- und Zimmermeister des Kreises Neuhaldensleben hatte sich am 23. Februar mit dem Verlangen eines Unternehmers zu befassen, das im Lehrvertrag festgesetzte Lehrgeld deswegen zu erhöhen, weil an die Stelle der im Lehrvertrag vereinbarten Löhne die höheren tarifvertraglich festgesetzten Lehrlingslöhne traten. Der Ausschluß erklärte das Verlangen des Unternehmers mit folgender Begründung für nicht gerechtfertigt: „Die Sätze (des Lehrvertrages) sind durch den Tarif erheblich erhöht und treten kraft Gesetzes an die Stelle der im § 5 vereinbarten gemessenen Sätze. — Bei Abschluß des Tarifvertrages war die Lastfrage der Nichterhebung beziehungsweise der Erhebung nicht erheblichen Lehrgeldes den Vertretern der Arbeitgeber bekannt. Wenn nun durch Veränderung des § 3 des Lehrvertrages die Tarifsätze wieder vermindert werden sollten, so hätte entweder der Tarifvertrag selbst das Lehrgeld erhöhen oder doch wenigstens dem Arbeitgeber das Recht vorbehalten werden müssen, durch Einzelvertrag das Lehrgeld angemessen zu erhöhen.“

Der Lehrvertrag ist ein Arbeitsvertrag.

Kurz vor Redaktionschluss erfahren wir, daß nunmehr auch das Reichsarbeitsgericht in seiner Tagung am 14. März im Sinne der Ueberlieferung entschieden hat. Damit haben alle tarifvertraglichen Bestimmungen vor denen des Lehrvertrages den Vorrang. — Sobald uns der Wortlaut des Urteils vorliegt, werden wir ausführlich darauf zurückkommen.

Aus den Baugewerkschaften

Annaberg. Unsere Jahresgeneralversammlung war von 41 Vertretern besucht; vom Bezirksvorstand war Kollege Leipzig zugegen. Das Andenken der im Jahre 1927 verstorbenen Mitglieder wurde in üblicher Weise geehrt. Das Berichtsjahr war im Gegensatz zu 1928 wesentlich günstiger. Zwar meldeten sich 1110 Mitglieder, manche wiederholt, erwerbslos, doch war die Zahl der Erwerbslosen gegen 80 254 gegen 121 897 im Jahre 1928. Im Bezirk der Baugewerkschaft wurden erstellt 603 Neubauten, davon 190 Wohnhäuser mit 466 Wohnungen. 169 Geschäftshäuser haben 4 Wohnungen, 362 Anlagen und Umbauten haben 58 Wohnungen. Verloren gingen bei Abbrüchen 8 Wohnungen, demnach wurde die Wohnungszahl um 520 vermehrt. Trotzdem gibt es im Bezirk noch etwa 2000 Wohnungsluchende, wovon auf die Stadt Annaberg 441 entfallen. Nur 6 Neubauten waren Gemeinbauten. Die Hochkonjunktur fiel in die Monate Juli und August. Die Unternehmer forderten ausländische Arbeitskräfte an, doch überstieg die Zahl der genehmigten bei weitem die Zahl der beschäftigten Ausländer. Die Baugewerkschaft forderte behördliche Nachprüfung, die folgendes Ergebnis zeitigte: Genehmigt waren 45 Ausländer, beschäftigt waren 175; sofort wurde nachträgliche Genehmigung gefordert und erteilt. Auch die Beschäftigungssfrist wurde mehrfach überschritten. Eine Forderung der auf Bauten Beschäftigten ergab, daß etwa 150 Mitglieder anderer Organisationen, zum Teil jahrelang, Bauarbeit verrichteten. Die Bestimmungen der Bauarbeiterlohn- und Unfallverhütungsvorschriften haben, wie eine Kontrolle ergab, im Berichtsjahr durchaus keine größere Bedeutung erfahren. Die überhandnehmende Akkordarbeit ist in ähnlichen Zuständen in hervorragendem Maße schuld. Die erneute Forderung nach Anstellung von Baukontrolluren ist im Sande verlaufen; eine Eingabe wurde zwar weiterbefördert, aber sonst unbeantwortet gelassen. Die Unternehmer gebühren zu 50 bis 80% einer Lokalarbeit, an der restliche Teil ist unorganisiert. Die Tariflöhne werden zwar bezahlt, doch waren 18 Lohn-

klagen nötig, um die Mitglieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Außerdem waren 37 sonstige Klagen vor den Gerichten notwendig; etwa 60 Differenzfälle konnten ohne Gerichtsbelegte werden. Einem Unternehmerbeschluss, unter keinen Umständen Ferien zu gewähren, mußte mit 16 Klagen vor dem Arbeitsgericht begegnet werden, davon liefen 14 Klagen mit Erfolg, 2 mit einem Vergleich aus. Das Endergebnis war, daß 80 bis 90 Mitglieder in den Genuss von Ferien kamen. Die Delegiertenfrage ist noch ein Schmerzenskind, von insgesamt 110 Delegierten mußten 36 erkannt werden. Das Organisationsleben wird glücklicher beleuchtet, von der Mitteilung, daß 510 Mitglieder gewonnen wurden, von denen 142 zum wiederholten Male Aufnahme fanden. Für Unterfertigungen wurden aus Kasseneinnahme von 18 015,44 M. (Kasseneinnahme von 14 339,31 M.; es verbleibt ein Kasseneinnahme von 3676,13 M., wovon 500 M. Stammantheile sind. Der Kassierer wurde einstimmig entlassen. Ein kurzer Bericht des Kollegen Leipzig vom Bundestag in Dresden fand beifällige Aufnahme. Dem Kollegen Volkmar Schmidt aus Wahrenheim widmete der Vorsitzende warme Worte der Anerkennung für 25jährige Mitgliedszeit. Bewegt ver sprach der Jubilar dem Bunde die Treue bis an Lebensende. Der Baugewerkschaftsvorstand wurde wiedergewählt bis auf den stellvertretenden Vorsitzenden, an dessen Stelle Karl Lindner aus Königswalde gewählt wurde. Ein Antrag der sogenannten Opposition, die für ein Vorstandsmitglied vorgeschriebene Mitgliedschaftsdauer von 10 Jahren auf 5 Jahre zurückzuführen, wurde gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die übrigen Wahlen vollzogen sich reibungslos. Ein Beschluß fordert den Versuch, die Baugewerkschaft unter Berücksichtigung der örtlichen Preisgestaltung einer höheren Lohnklasse anzugliedern. Einig war man darüber, daß angestrebte der Gründung einer deutschen Streikführereinigung der Unternehmer die Einigkeit im Baugewerkschaft für die Folgezeit Vorbedingung für erspriehliche Tätigkeit sei.

Bernau. In der Generalversammlung gab Kollege Heide den Jahresbericht. Das Jahr 1927 war für unsere Baugewerkschaft ein Jahr des Aufstieges. Die Mit-

gliederzahl stieg von 325 auf über 360. Der Lohn ist für Maurer genau wie in Berlin von 1,26 M. auf 1,36 M. gestiegen; bei den Hilfsarbeitern ebenfalls um 10 Pf. die Stunde. Das ist nicht befriedigend, aber durch das schlechte Organisationsverhältnis der Arbeiter in andern Berufen sind auch wir im Aufstieg gehemmt. Unsere Facharbeiter sind fast sämtlich organisiert. Bautenkontrollen sind mehrere in Bernau und Umgebung vorgenommen worden. Die sanitären Verhältnisse auf den Bauten liegen oft zu wünschen übrig. Auch die Bauarbeiterbeschäftigungen werden vielfach nicht eingehalten. Der Tariflohn wurde überall gezahlt. Oft wurde sogar mehr gezahlt, ein Zeichen dafür, daß die Unternehmer zahlen können. Die 46 1/2-Stunden-Woche wird bei uns reiflos aufrechterhalten. Mehr Interesse sollten die Kollegen der Lehrlingsfrage widmen. Die Hauptkassie hatte eine Einnahme von 22 958,25 M., die Ausgaben für Arbeitslohn, Krank- und Verstorbenen betragen 10 572,50 M. Die Lokalkasse hatte bei einer Jahreseinnahme von 7426,50 M. einen Bestand von 1122 M. Für Sozialfürsorgewecke sind 274 M. abgeführt worden. In der Aussprache wurde die organisatorische Spaltung der Bauarbeiterkraft in und um Berlin bedauert, wodurch die Schlagkraft der Organisation gehemmt wird. Die Baugewerksbündler sollten sich auf den Bauten mehr durchsetzen. An der Arbeit unserer Zeitung konnte vor allem „Oppositioneller“ nichts aussetzen, dafür brachte er „alle Kamellen“ zum Vorschein, ja beinahe schien er die Erstzungenberechtigung der „Kaiserlichen“ nachzuweisen zu wollen. Damit ließ er natürlich auf einmütigen Protest. Die sehr gut besuchte Versammlung wählte fast einstimmig den alten Vorstand wieder und schloß mit einem Hoch auf unsere Bewegung. **Erfurt.** In der Vertreterversammlung am 26. Februar wurde zunächst das Andenken unserer verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise geehrt. Dann gab unser Bezirksführer, Kollege Wam, den Jahresbericht. In der Aussprache waren sich alle Redner darüber einig, daß es im Jahre 1927 auch in unserm Bezirk gut vorwärts gegangen ist. Kollege Anton vom Bezirksvorstand bemerkte dazu, daß wir im ganzen Deutschen Reich große Erfolge aufzuweisen haben. Er gab sich der Hoffnung hin, daß es auch in diesem Jahr vorwärts gehen werde. Besonders begrüßt wurde, daß die Jugendabteilung der Baugewerkschaft, erst vor kurzer Zeit gegründet, schon jetzt

gute Erfolge aufweisen kann. Doch für die Jugend muß noch mehr geschehen. Vor allem müssen die Gesellensauschüsse zugunsten der Lehrlinge von unsern Kollegen besetzt werden. — Die Ortsleitung wurde nach eingehender Beratung ohne Veränderungen angenommen. Der Vorstand wurde wiedergewählt, und zwar als Vorsitzender Karl Salefske, als Stellvertreter Rumpf (Vieh), als Geschäftsführer Wamm, als Stellvertreter Mag Geiseler, als Schriftführer Schulze. Als Revisoren fungieren die Kollegen Knispel, Marquard und Emil Genß. Als Jugendleiter wurde Kollege Artur Friedrich gewählt. Zur Bezirksvertreterung wurde Kollege Wamm delegiert. Dann wurden noch eingehend unsere bevorstehenden Lohnverhandlungen besprochen.

Freida. Unsere Jahresgeneralversammlung am 4. März war sehr gut besucht. Zunächst wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise geehrt. Den Jahresbericht gab Kollege U. u. h. Im Bereiche unserer Baugewerkschaft war die Bautätigkeit nicht gerade schlecht, jedoch konnte sie besser sein. Die Gründe liegen in den ländlichen Verhältnissen. Die Auftraggeber sind zum großen Teil Leute, die Hauszinssteuer in Anspruch nehmen. Trotz alledem waren unsere Kollegen in der Hauptkassa fast restlos beschäftigt. Ein Teil reiste ab nach Rheinland und Westfalen. Die Lohnbewegungen waren im Baugewerkschaftsgebiet sehr umfangreich. Unsere Baugewerkschaft umfaßt 17 Lohngebiete, in 5 Lohngebieten war ein Tarifvertrag mehr vorhanden. Die Tarifverträge wurden in den meisten Fällen mit Hilfe des Schlichtungsausschusses abgeschlossen. Sie brachten unsern Kollegen im Durchschnitt eine Erhöhung des Stundenlohnes um 12 %, in einzelnen Lohngebieten wurde der Lohn um über 20 % die Stunde erhöht. Es liegt nun an den Kollegen, die Tarif- und Lohngebiete noch besser auszubauen. Eine Anzahl Kollegen hat ihre Ferien nicht erhalten. Anstatt dies der Organisation zu melden, verabschieden sie auf diese Erzeugnisse. Das darf nicht wieder vorkommen. — Zur Durchführung der Tarife waren 28 Klagen vor dem Arbeitsgericht notwendig, vor dem ordentlichen Gericht wurden 2 Fälle erledigt, vor dem Landgericht 1 Fall. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresluß 725. Die Hauptkasse vereinnahmte 16.559,14 M., die Lokalkasse 12.107,70 M.; ihre Ausgabe betrug 11.429,97 M., so daß ein Kassenbestand von 697,73 M. verbleibt.

Klosterlausitz. In unserer Versammlung am 19. Februar hielt unser Vorsitzender Herrn. Kahl einen Vortrag über Zweck und Nutzen unserer Organisation. Zu der Versammlung waren die Kollegen von Schöngleima, das zum Agitations- und Lohnbezirk Jena gehört, eingeladen und auch zahlreich erschienen. Alle anwesenden Kollegen trafen unsern Bund bei; die Kollegen von Schöngleima wurden der Baugewerkschaft Jena überwiesen. Kollege Müller, Jena, wies darauf hin, daß die Kollegen unserer Baugewerkschaft, die in Jena arbeiten, auch in Jena ihre Beiträge leisten müssen. Unsere höchste Aufgabe müsse es sein, die Lehrlinge und jugendlichen Kollegen in unserm Geiste zu erziehen. Dabei wurde festgestellt, daß in unserm Gebiet sämtliche Lehrlinge organisiert sind.

Königsberg i. Pr. Am 19. Februar hatten wir unsere Generalversammlung. Im Bereich der Baugewerkschaft war 1927 eine befriedigende Bautätigkeit. 2400 Wohnungen sind errichtet worden. Es ist zu erwarten, daß die Bautätigkeit 1928 denselben Ausmaß haben wird. Das Baudelegiertenwesen leidet darunter, daß unsere Kollegen immer noch nicht die Wichtigkeit der ihnen dabei obliegenden Pflichten voll erkennen. Kassenbericht und Mitgliederbestand zeigen eine Besserung. Die Erhöhung der Mitgliederzahl betrug 1400, allerdings müssen dabei auch eine Anzahl Papierjobs in Rechnung gestellt werden. Die Jugendbewegung macht gute Fortschritte; der Eifer der Jugend sowohl als auch der Jugendleitung ist erfreulich. Im großen Umfange ist festzustellen, daß die baugewerblichen Unternehmer zur Innehaltung ihrer vertraglichen Pflichten — besonders in der Zahlung des Tariflohnes — immer erst durch das Arbeitsgericht gezwungen werden müssen. Mehr als 10.500 M. sind auf gesetzlichem Wege für unsere Kollegen von solchen Tarifverächtern beigetragen worden. Um den Bauarbeiterkampf wurde heftig gekämpft. Ein Erfolg wurde insoweit erzielt, daß die Behörde durch Beschluß der Stadtverordnetenordenungsversammlung verpflichtet wurde, Baukontrolluren aus Arbeiterkreisen anzustellen. Auch die Baupolizeiverordnung zum Schutz der Arbeiter auf Bauten soll eine Änderung erfahren. — Die Generalversammlung mußte auch gegen das organisierte Treiben einer KPD-Fraktion Stellung nehmen. Das geschah nach dem Antrage des Vorstandes. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes gegen eine Stimme. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der ermarktet wird, daß auch in diesem Jahre wie auch in dem Berichtsjahre eine lebhaftere Bautätigkeit einsetzt. Die öffentliche Hand soll mit Wohnungsbau nicht zurückhalten. Die Mietzinsbildung muß den sozialen Bedürfnissen des Volkes Rechnung tragen. Grundsätzlich soll das Geld der Steuerzahler nur solchen Bauunternehmern zufließen, die die Wohnungsbautätigkeit auf gemeinsinniger und gemeinwirtschaftlicher Grundlage durchführen. Die Bautätigkeit soll auf das ganze Kalenderjahr verteilt werden. Ferner wird in der Entschließung gefordert, daß dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung entsprechend, der Magistrat noch vor Aufleben der diesjährigen Bautätigkeit die Anstellung von Baukontrolluren aus Arbeiterkreisen vornimmt.

Schöningen. In unserer Generalversammlung gab zunächst Kollege Otto Lippelt den Kassenbericht. Die Hauptkasse vereinnahmte 2472,25 M., die Lokalkasse mit allem Bestand 1861,66 M., ihre Ausgabe betrug 917,85 M. Dem Kassierere wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Lokal-kassenbestand ist gut, wenn man bedenkt, daß durch die nicht gerade gute Bautätigkeit in den letzten Jahren immer ein Teil der Mitglieder erwerbslos war. Vom Vorsitzenden Karl Mertens wurde dann der Jahresbericht gegeben. Die Bautätigkeit hat sich gegenüber 1926 gebessert. Es wurden insgesamt 104 Wohnungen fertiggestellt, außerdem wurden Straßenbau- und Kanalarbeiten im Wege der Tot-

standsarbeit ausgeführt. Bei diesen Arbeiten mußten wir die Unternehmer des öfteren auf unsern Reichsttarifvertrag aufmerksam machen. Die Mitgliederzahl hat sich gehoben, was wir unserer guten Werbearbeit zu verdanken haben. Dem Bauarbeiterkampf mußte mehr Beachtung geschenkt werden, auch müssen die Baudelegierten auf den einzelnen Baustellen besser vertreten sein. Der Lehrlingsfrage muß mehr Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden. Die Wahl des Vorstandes ergab fast ausnahmslos die alte Zusammensetzung. Die rege Aussprache läßt darauf schließen, daß künftig eine bessere Mitarbeit der einzelnen Kollegen erwartet werden kann. Zum Schluß forderte Kollege Mertens zu reger Mitarbeit auf. Die Baugewerkschaft kann nur dann zum Ziele gelangen, wenn alle ihre Pflichten erfüllen.

Schwerin. (Schwere Strafe für Unterschlagung.) Der frühere Angestellte Gustav Woldt ist am 7. März wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten und 1 Tag und zur Tilgung der Kosten verurteilt worden. Die Strafe ist hart. Sie erscheint nur in mildem Licht, wenn man bedenkt, daß er Großvater der Arbeiter waren, an denen sich Woldt vergriffen hat.

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer.

Hamburg. In unserer am 15. Februar abgehaltenen, sehr gut besuchten Generalversammlung gab Frankenhäuser den Jahresbericht. Unsere Mitgliederzahl betrug im ersten Vierteljahr 43, im zweiten 38, im dritten 39 und im vierten 45. Die Tätigkeit der Fachgruppenleitung wurde von der Versammlung anerkannt. — Zum Fachgruppenobmann wurde einstimmig Frankenhäuser wiedergewählt. Zum Stellvertreter wurde Harder und zum Schriftführer Ehlers gewählt. Eine längere Aussprache entspann sich bei der Wahl der Lohnkommission, weil von Frankenhäuser gegen die Kandidatur des Kollegen Kapella Einspruch erhoben wurde. In der nächsten Versammlung soll näher darauf eingegangen werden. Einige Änderungsanträge zum Tarifvertrag wurden angenommen und beschlossen, sie den Unternehmern als Verhandlungsgrundlage zuzuführen.

Bau-Werkmeister.

Die Reichsttarifverträge für Polierer und Schachtmeister nicht gekündigt. Auf telephonische Anfrage beim Vorstand des Polier-, Werk- und Schachtmeisterbundes ist dem Bundesvorstand mitgeteilt worden, daß die Reichsttarifverträge von keiner der Werksparteiellen gekündigt worden sind, die Reichsttarifverträge behalten daher Gültigkeit bis zum 31. Mai 1929. Auf die Entschließung unseres zweiten Verbandstages in Köln hat der Polierbund überhaupt nicht geantwortet. Der Bundesvorstand hat sich daher veranlaßt gesehen, alle Verbindlichkeiten gegenüber dem Polier-, Werk- und Schachtmeisterbund zu lösen, so daß wir in unserm Handeln vollständig frei sind. Wir werden noch im „Grundstein“ eingehend über die ganze Angelegenheit berichten. Wir erwarten von unsern Mitgliedern, daß sie nun zu einer regelmen und gründlichen Werbearbeit ausholen.

Werbefchrift. Die Nummer 4 des Mitteilungsblattes „Der Bau-Werkmeister“ soll als Werbefchrift ausgearbeitet und in doppelter Auflage hergestellt werden. Wir eruchen die Baugewerkschaftsvorstände, uns anzugeben, ob sie noch eine größere Anzahl von Exemplaren wünschen. Die Oblate der Fachgruppen müssen sofort mit den nötigen Vorbereitungen für eine umfangreiche und gründliche Werbearbeit beginnen und beim Eintreffen der Postsendungen Sorge tragen, daß die Werbefchrift an alle Funktionäre und Baustellen zur Verteilung kommt.

Adressenveränderungen. Die Neuwahlen der Gruppenleitungen sind überall abgeschlossen, wir eruchen daher, die Adressen der Fachgruppenobmänner sofort der Reichsfachgruppenleitung mitzuteilen.

Feuerungs- und Schornsteinmänner.

Dresden. In der Gruppenversammlung am 24. Februar berichtete Kollege Fritz Bräunig über das verfloßene Geschäftsjahr. Es war nicht immer möglich, die Feuerungs- und Schornsteinmänner das ganze Jahr hindurch in ihrem Berufe zu beschäftigen, sie waren vielmehr genötigt, auf Grund geringer Arbeitsmöglichkeit im feuerungstechnischen Gewerbe auf Hochbauten Arbeit anzunehmen. Nur für kurze Zeit hatten wir Hochkonjunktur. Der Versammlungsbeschluss war im allgemeinen nicht zufriedenstellend, was wohl aber auch zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß eine größere Anzahl von Kollegen außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt waren. Der bisherige Obmann und der Schriftführer wurden wiedergewählt. Neugewählt wurden die Stellvertreter. Im Schlußwort gedachte der Obmann noch in ehrender Weise des verstorbenen Kollegen Mar Kresschmar, ferner eruchte er, im neuen Geschäftsjahr dem Organisationsleben volle Aufmerksamkeit zu widmen.

Glaser.

Leipzig. Am 24. Februar hielten die Fachgruppen der Glaserleger und Glaser gemeinsam eine gut besuchte Versammlung ab, um einen Vortrag des Genossen Eban über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entgegenzunehmen. — Nach dem Vortrag sagten die Gruppen gefondert. — Die Glaser nahmen zum Regiebetrieb Stellung. W. t. sollten Kollegen 10 % unter Tarif gearbeitet haben, was aber von den dort Beschäftigten widerlegt wurde. Sie betonten die in Frage kommenden Arbeiten im Lohn ausgeführt zu haben. Nach längerer Aussprache wurde die Lohnkommission beauftragt, bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden und die Angelegenheit eingehend zu untersuchen. Das ist auch sofort geschehen. Es wurde festgestellt, daß keine Abzüge vorgenommen worden sind. Die Arbeiten sind nicht im Akkord, sondern im Lohn ausgeführt worden. — Die nächste Gruppenversammlung wird sich nochmals mit dem Regiebetrieb beschäftigen müssen, weil dort eine Umstellung im Ent-

lohnungssystem geplant ist. Entweder Akkord- oder Lohnsystem mit Leistungsklausel. — Die Lehrlingsversammlung im Februar war von 50 Lehrlingen und einigen Eltern besucht. Die Eltern halten es allgemein nicht für nötig, zu erscheinen, trotzdem die Lehrverhältnisse, besonders in der Kostgeldentschädigung, in Leipzig viel zu wünschen übrig lassen. Der Erfolg der Versammlung war, daß sich 24 Lehrlinge in unsern Bund aufnehmen ließen. Heute zählt unsere Lehrlingsabteilung 60 Mitglieder. Unsere Fachabende erfreuen sich eines guten Besuchs; denn die Lehrlinge zeigen viel Interesse an praktischen Werkanterricht. Es ist nicht geplant, die Glaserlehrlinge gesondert tagen zu lassen, sondern sie sollen auch an den gemeinschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen. Unsere Fachgruppenversammlungen werden jeden vierten Sonnabend im Monat, 7 Uhr abends, im Volkshaus abgehalten. Generalversammlung ist am 24. März.

Maling. In unserer Versammlung am 2. März erstattete Körner den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß unser Stundenlohn im vergangenen Jahr um 8 % erhöht wurde. Die Arbeitsverhältnisse waren bis zum Spätherbst befriedigend. Leider wurde in der Lehrlingsfrage nicht genug getan. Die Versammlungen waren im Durchschnitt gut besucht. — Als Obmann wurde Georg Körner wiedergewählt; als Stellvertreter wurde Oskar Reinboth und als Schriftführer Franz Kaiser gewählt. In den Gesellensauschüssen wurden Oskar Reinboth und Wilhelm Molitor gewählt. Einstimmig wurde beschlossen, das Lohnabkommen zu kündigen. — Gegenwärtig sind etwa 75 % unserer Mitglieder arbeitslos.

Polierer.

Halle a. d. S. In der gutbesuchten Versammlung am 3. März wurden eingehend unsere Wünsche und Forderungen zum neuen Lohnvertrag besprochen. Die Kollegen waren sich darüber einig, daß Lohn, Auslösung und Ferien verbessert werden müssen; sie formulierten deshalb dementsprechende Forderungen. Ferner wurden bei Kassenarbeiten besondere Zuschläge verlangt. Außerdem soll, wo es sich um Wegzeiten von über 30 Minuten handelt, entsprechende Vergütung verlangt werden. Die Versicherungspflicht für Feuerlöcher ist auf Diebstahl zu erweitern. Zum Schluß wurde noch betont, daß der neue Tarif, losgelöst vom Maurertarif, ein selbständiger sein müsse.

Pfahlmänner.

Hamburg. In unserer Jahresversammlung gab Kollege Brumme den Jahresbericht. Die Beschäftigungsmöglichkeit für die Kollegen war zu Anfang des Jahres gut, sie hielt an bis zum Oktober. Dann trat eine Flaute ein. Im Jahreschluß waren über 40 Kollegen arbeitslos. Das wäre nicht nötig gewesen, wenn nicht die Zimmerer und Maschinenisten die Bauwerke Eisenwerder für sich allein beanspruchten. Eine Sitzung mit den Zimmerern hat wenig Erfolg gehabt. Auf Sammelstellen gingen für kranke und invalide Kollegen 627 M. ein. In Strafe genommen wurde ein Kollege. Zur Zeit hat die Fachgruppe 175 Mitglieder. Die Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl der Gruppenleitung. Vertreter zur Generalversammlung ist Kollege H. Mehn, sein Stellvertreter Jul. Kleinshlager.

Steinleger und Kammer.

Dresden. In gemeinsamer Versammlung mit den Kollegen vom Steinarbeiterverband berichtete am 25. Februar Kollege Zimmermann über den Verlauf der mit der Innung gepflogenen Lohnverhandlungen. Das Angebot der Unternehmer war so minimal, daß unsere Lohnkommission dem nicht zustimmen konnte. Das Verhalten der Kommission fand einstimmige Zustimmung. Die Kollegen Brumme und Krüppendorf forderten auf, an unsere Forderungen festzuhalten, und wenn es erforderlich sein sollte, den Schlichtungsausschuss anzurufen. Spottke und Luft waren der Meinung, der Kommission in jeder Weise freie Hand zu lassen. Hierauf wurde der Kommission das Vertrauen ausgesprochen. Die Lehrlingszählererei wurde scharf kritisiert. Spottke und Schulze empfahlen, mit der Innung hierüber zu verhandeln, in andern Bezirken sei die Lehrlingsfrage schon längst geregelt. Ein Antrag, daß die gesamte Arbeiterkraft am 1. Mai gemeinsam demonstrieren solle, wurde gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Ein anderer Antrag, beim Landesarbeitsamt zu beantragen, daß auch den Erwerbslosen im Bauberuf Kräftevorsorge gewährt werden solle, wurde angenommen.

Stukkateure und Putzer.

Bamberg. Bei der Firma Johann Körber, stufte Priesterseminar, sind ernste Differenzen in der Frage der Auslösung ausgebrochen. Wir eruchen, Zugang von dieser Bauweise streng fernzuhalten.

Berlin. Unsere am 5. März abgehaltene, stark besuchte Versammlung hatte über Annahme oder Ablehnung des vom Reichsttarifamt gefällten Schlichtungsspruches zu entscheiden. Der Versuch, auf der Grundlage des Reichsttarifvertrages einen Reichsttarifvertrag zu schaffen, ist mißglückt. In allen wesentlichen Punkten war keine Einigung zu erzielen. Hatte der Reichsttarifvertrag den Unternehmern allgemein Vorteile gebracht, so wollten sie nun ganze Arbeit machen. Nicht weniger als 12 Punkte waren strittig geblieben. Was jahrelang bestand, sollte einfach befristet oder wesentlich verschlechtert werden. Schon fand die Person des unparteiischen Vorsitzenden bestand Streit. Die Unternehmer lehnten unsern Vorschlag, den bisherigen Vorsitzenden belubehalten, ab; wir lehnten dagegen die von den Unternehmern vorgeschlagene „Serie“ ab. Dem nun vom Haupttarifamt gefällten unparteiischen Vorschlag Dr. Stauch aus der chemischen Industrie belegen. — Das Tarifamt lehnte nach zweimaliger Tagung die von uns beantragte Angleberung der Wirkstoff mit Berlin eng zusammenhängenden Gebiete Potsdam und Romow ab. Die Festschließung des Wochenendschlusses auf 1 Uhr mittags wurde ebenfalls abgelehnt. Dafür ist am Sonnabend um 2 1/2 Uhr statt bisher um 3 Uhr Feierabend. Für die Betriebe von Auftraggebern, wo unsere Arbeitszeit sich der des Auftraggeberbetriebe anpassen kann, wünschen wir, daß die Betriebsvertreter-

Selbstvergiftung

Das heißt Gift im Blut, ist die naturnotwendige Folge einer mangelhaften Ausscheidung verbrauchter Stoffe aus dem Körper. Die schädlichen Giftstoffe, die sich fortwährend im Blut anhäufen, besonders die giftige Harnsäure, sind die Ursachen vieler Krankheiten und entzündlicher Zustände innerer Organe, ferner Stauungs- und Gelenkerkrankungen, das heißt alle durch Blutfestigkeit hervorgerufenen Leiden, die eine solche schlechter Blutmischung sind, wie Gicht, Rheumatismus, Arterienverhärtung, Entzündung des Herzens, der Nieren, Blase und Blutgefäße, Herz- und Nervenleiden, Migräne, Schlaflosigkeit, sowie Hautkrankheiten, Dehnung zu Geschwulstbildung, Säuremorrhöen, Nichten, Fettleibigkeit, Darmträgheit, Stuhlverstopfung, Gallen- und Leberleiden.

Ein höchst natürlicher Mittel zur Entgiftung des Blutes und Beseitigung von den vorhandenen Harnsäuremengen zu befreien oder diese auszuscheiden, ist unser bekannter Philippsburger Gerbaria-Blutreinigungsmittel- und Entfäuerungsmittel-„Radikal“, durch dessen Gebrauch man obige Leiden bekämpfen und die Gesundheit leichter Zustände beibehalten werden kann. Er regt die Verdauungs- und Ausscheidungsorgane zu regerer Tätigkeit an, wodurch die der Gichtbildung sehr schädlichen Stoffwechselprodukte (verbrauchte Säfte usw.) aus Blut, Darm und Gefäßen auf angenehme, natürliche Art entfernt werden und eine vollständige Entgiftung des ganzen Körpers eintritt.

Gicht, Rheumatismus, Ischias- und Nervenleiden werden durch eine Verabreichung mit diesem Tee sehr günstig beeinflusst, indem er den Harnstoffüberschuß im Blut entfernt, geeignet ist und die überflüssige Harnsäure durch Niere und Blase ausscheidet, damit sie sich nicht in den Gelenken ablagert, wodurch die gefährlichsten Schmerzen entstehen. Unser Philippsburger Gerbaria-Blutreinigungsmittel- und Entfäuerungsmittel wirkt entgiftend auf Blut und Galle und führt durch den Urin oft ganze Fiedeln saurer Stoffe aus dem Körper. Nach einer solchen Kur fühlt man sich fast wie neugeboren. Bienen in der Entgiftung heftigen Krankheiten wird vorgezogen, weil denselben die Grundlage zur Entgiftung durch eine solche Entgiftungsrunde genommen wird.

Als Beweis für die gute Wirkung dieses Tees führen wir nachfolgend einige Anerkennungsbriefe an. Bitte, lesen Sie: Nachdem ich die letzte Sendung ziemlich verbraucht habe und sich mein Gesundheitszustand zusehends gebessert hat, bitte ich um weitere Zusendung von 2 Paketen Blut- und Nervenreinigungsmittel, 2 Paketen Harnsäuremittel und 3 Paketen Blutreinigungsmittel. Nr. 19, wie gehabt. Ich lege großen Wert darauf, daß der Tee Nr. 19 nicht vergessen oder verwechselt wird, da ich vor allem diesem Tee die vollste Beförderung zuschreibe.

unreinigkeiten. Das erste Paket hat gut gewirkt. Das zweite hat nachgeholt, es ist eine alte halbe Flasche. Das dritte, das vierte, das fünfte, das sechste, das siebente, das achte, das neunte, das zehnte, das elfte, das zwölfte, das dreizehnte, das vierzehnte, das fünfzehnte, das sechzehnte, das siebzehnte, das achtzehnte, das neunzehnte, das zwanzigste, das einundzwanzigste, das zweiundzwanzigste, das dreiundzwanzigste, das vierundzwanzigste, das fünfundzwanzigste, das sechsundzwanzigste, das siebenundzwanzigste, das achtundzwanzigste, das neunundzwanzigste, das dreißigste, das einunddreißigste, das zweiunddreißigste, das dreiunddreißigste, das vierunddreißigste, das fünfunddreißigste, das sechsunddreißigste, das siebenunddreißigste, das achtunddreißigste, das neununddreißigste, das vierzigste, das einundvierzigste, das zweiundvierzigste, das dreiundvierzigste, das vierundvierzigste, das fünfundvierzigste, das sechsundvierzigste, das siebenundvierzigste, das achtundvierzigste, das neunundvierzigste, das fünfzigste, das einundfünfzigste, das zweiundfünfzigste, das dreiundfünfzigste, das vierundfünfzigste, das fünfundfünfzigste, das sechsundfünfzigste, das siebenundfünfzigste, das achtundfünfzigste, das neunundfünfzigste, das sechzigste, das einundsechzigste, das zweiundsechzigste, das dreiundsechzigste, das vierundsechzigste, das fünfundsechzigste, das sechsundsechzigste, das siebenundsechzigste, das achtundsechzigste, das neunundsechzigste, das siebenzigste, das einundsiebzigste, das zweiundsiebzigste, das dreiundsiebzigste, das vierundsiebzigste, das fünfundsiebzigste, das sechsundsiebzigste, das siebenundsiebzigste, das achtundsiebzigste, das neunundsiebzigste, das achtzigste, das einundachtzigste, das zweiundachtzigste, das dreiundachtzigste, das vierundachtzigste, das fünfundachtzigste, das sechsundachtzigste, das siebenundachtzigste, das achtundachtzigste, das neunundachtzigste, das neunzigste, das einundneunzigste, das zweiundneunzigste, das dreiundneunzigste, das vierundneunzigste, das fünfundneunzigste, das sechsundneunzigste, das siebenundneunzigste, das achtundneunzigste, das neunundneunzigste, das hundertste, das einhundertste, das zweihundertste, das dreihundertste, das vierhundertste, das fünfhundertste, das sechshundertste, das siebenhundertste, das achthundertste, das neunhundertste, das tausendste.

Das DEUTSCHLAND-RAD
die gute Markenmaschine
Lieferung direkt ab Fabrik
AUF WUNSCH TEILZAHLUNG!
NACHMASCHINEN, SPORT- u. RADFAHRERBEDARFS-ARTIKEL
in Güte und Preiswürdigkeit unübertroffen Katalog kostenlos
FAHRRADFABRIK
AUGUST STUKENBROK, EINBECK 30
Ältestes u. größtes Fahrradhaus Deutschlands

Trinke Kaffee
nur von
Westphal
Gerösteter Kaffee
reinschmeckend, frisch ge-
röstet. 1 Pfund 275
5 Pfund portofrei zur Probe.
Westphal-Mischung Pfd. 2,75
Kaffee-Ersatz-Mischung, 0,80
m. ca. 8% Pfd. Inhalt portofrei 6,60
Versand portofrei sowie Nachnahme.
Bei Nichtgefallen Zurücknahme.
Gustav Westphal Geogr. 1897
Altona 114 - Hamburg

Warum mehr bezahlen?
Nur 68,- Mk.
kostet jetzt ein
hochmod. ele-
gantes, star-
kes u. dauer-
haftes Stern-
Gebrauchsrads, Mod. G. I. hochwertig. Aus-
stattung mit mod. rassigem Rahmenbau
mit 3 Jahren Garantie u. Original Torpedo-
freilauf pr. vierleitung (rot oder grau)
Nickelfedersattel gelbe Felgen mit rost-
sicherer Speichen, kompl. Werkzeug,
Pompe, Glocke usw. Versand innerhalb
-Zahlungserleichterung. -Katalog gratis
Fahräder, Gummi, Zubehörteile gratis
und franco
Ernst Machnow, Berlin, Weinmeisterstr. 14
Größtes Fahrradhaus Deutschlands

Zigaretten
ein feiner Genuss
Zeronth 5 Pf.
Thodmor 4 Pf.
Arbeitersportler 4 Pf.
IM KONSUMVEREIN
Direkt ab Fabrik an Private.
Sport- u. Leibesüb.
Werkzeuge für alle Bauhand-
werker, Teakholz- u. Wasserw.
Marke „Teakin“ Spezial-
werkzeuge f. Fliesenleger u.
Stukkat. Schlapphüte 9, 12 u.
5 cm Rand, Isländer, Lieder-
buch -75 Mk., Pr. Isliste gratis.
Merkmale - Kleiderfavorit
Versandh. Fritz Ulrich
Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60

Bullbrand -
Der fliegende Haffländer -
Anno 1770 -
LEICHT
BLUMIG
BILLIG
EICKEN-TABAKE
Anzeige
Sport-Sträße u. Abend, Herren-Loden, Gummi, Früh-
u. Sommermäntel, Windjacken, Damen-Mäntel u. Schuhe u. Stiefel
5 Tage zur Probe
Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, um Güte und Preis-
würdigkeit prüfen zu lassen, abgem. Anzahlung
gegen bequ. Wochenzahlungen von nur 2,-
Illustrierter Prospekt mit Preisliste gratis und frei.
Walter H. Garitz, Berlin S 42, Postf. 8463

Garantie-Fahrräder
Markenfreilauf, Ia Bereifung, fracht- u. verpackungsfrei a. Teilzahl
Spezialrad geg. bar
39.50
Anzahlung
m 10.-
Wochenrate
m 2.50
Illustr. Katalog kostenlos
Autofahrt G.m.b.H.
Alexandrinenstr. 26
Berlin-SW 681 473

Neueste Bezugsquelle!
Neue Gänsefedern!
wie von der Gans gepickt im voll. Daunen,
dopp. gerinnt, 2 250 dies, beste Qual.
3,50 mit kl. Federn (Halbdunen) 5,-
7, Daunen 6,75, gerin. gerissene Federn m.
Daun 4,- u. 5,- hochpim. 5,75, alle f. 7,50
in Volant, 9,- u. 10,50, F. v. edle, stabill.
Ware Garantie. Vers. geg. Nachn. ab 5,-
portofr. Nichtgef. nehme auf meine Kosten
zur. **Willy Manteuffel, Gänsemaat**
Geogr. 1852, Neudorferstr. 5 b (Oderbr.)

Größte Produktion der Welt!
OPPEL
Wir liefern überall in unser erstklass. Motorrad, Modell 1925,
von elegant. Aussehen, leicht. Lauf u. zuverlässig. Konstruktion zwecks
Prüf. vor d. 5 Tage zur Ansicht mit bedingungs-
losem Kauf u. Josef Rosenbaum
dangerecht bei Nichtgefallen, einjähriger, schriftlicher
Garantie f. Gummi, fracht- u. verpackungsfrei
deutschen Bahnstation vom Preise v. nur 108,- b. einem
Teilzahlungsgeschäft v. 10%, geg. bequ. Wochenz. von nur 10,-
oder Monatszahlungen von nur 10,-; die Hälfte der ersten
Monatsrate wird eingezahlt, die zweite Hälfte nachgenommen.
Angekauft mit Doppelgelenk-Lager. Ineinrichtung (nicht geschweißt), wird
es komplett geliefert mit Orig. „Torpedo“, „Komet“, Freilauf mit Rücktritt-
bremse, erstklassiger pa. Bereifung „Continental“, „Dunlop“. Lassen Sie sich
sofort dieses Fahrrad kommen, es ist für Sie ein Verdienst. Sie erhalten es so-
wohl, denn was Sie so Fahrgel. und Zeit ersparen, bringt es Ihnen ein. Ver-
Sie sofort illust. Prospekt auch über Dammräder und Halbroller gratis u. frei!
Walter H. Garitz, Berlin S 42, Postfach 8463
In Berlin erbiten wir Besuch: Alexandrinerstraße 77 von 8-7 Uhr

Achtung! Gartenbesitzer!
10 Brochiroten nur 3 Mk. 1 St. 0,35 Mk.,
20 St. 5,50 Mk. Schling- und Kletterrosen:
1 St. 0,45 Mk., 10 St. 4,-, 20 St. 7,50 Mk.
Bessere Stangen auf Stange, 5. prima Stangen
wird ger. Versand. ill. fr. Veri. geg. Nachn.
H. Meyer, Baumhau., Gensbörn 1, Golln.

**MUSIK-
INSTRUMENTE**
Harmontikas, Lauten,
Gitarren, Mandolinen,
Sprechapparate etc.
Versand ab franko direkt an Private
Katalog gratis, 1000 Musikinstrumente
MEINEL & HEROLD
Musikinstr.-Harmontikahandl.
KLINGENTHAL, SA. Nr. 1103

Eis- u. Me-Betten Kinder-
fall günstig an Private
Katalog 161 bei Eisenmetallfabrik Suhl (Thür.).
Billigste u. reellste Bezugsquelle
in neuen Gänsefedern
w. v. d. Gans gepickt mit vollen Daunen
Pfd. 8,00, dopp. ger. 5,50, kl. Fed.
Halbdunen 5,00, sehr zart 6,00, 7/8 Daunen
6,00, ger. Federn, Pfd. m. Daunen 4,00 n.
6,00, hochp. 5,75, allert. 7,50, in Volldau-
nen, 9,00 u. 10,00, für reelle Stabill. Ware
Ger. Nachn. nicht geg. u. m. Kost. zur. Vers.
geg. Nachn. **Rudolf Gieseler, Gänse-**
maatstr., Geogr. 1852, Neudorferstr. 5, Oderbr.

Wir liefern überall in unser erstklass. Motorrad, Modell 1925,
von elegant. Aussehen, leicht. Lauf u. zuverlässig. Konstruktion zwecks
Prüf. vor d. 5 Tage zur Ansicht mit bedingungs-
losem Kauf u. Josef Rosenbaum
dangerecht bei Nichtgefallen, einjähriger, schriftlicher
Garantie f. Gummi, fracht- u. verpackungsfrei
deutschen Bahnstation vom Preise v. nur 108,- b. einem
Teilzahlungsgeschäft v. 10%, geg. bequ. Wochenz. von nur 10,-
oder Monatszahlungen von nur 10,-; die Hälfte der ersten
Monatsrate wird eingezahlt, die zweite Hälfte nachgenommen.
Angekauft mit Doppelgelenk-Lager. Ineinrichtung (nicht geschweißt), wird
es komplett geliefert mit Orig. „Torpedo“, „Komet“, Freilauf mit Rücktritt-
bremse, erstklassiger pa. Bereifung „Continental“, „Dunlop“. Lassen Sie sich
sofort dieses Fahrrad kommen, es ist für Sie ein Verdienst. Sie erhalten es so-
wohl, denn was Sie so Fahrgel. und Zeit ersparen, bringt es Ihnen ein. Ver-
Sie sofort illust. Prospekt auch über Dammräder und Halbroller gratis u. frei!
Walter H. Garitz, Berlin S 42, Postfach 8463
In Berlin erbiten wir Besuch: Alexandrinerstraße 77 von 8-7 Uhr

Sochj. Pflaumenmus!
Mit und fah. Beiter 31 - A, Gitter 25 Pf.
2,- A, 10 Pf. 3,50 A, Bitter-Blumenlade
Gitter 25 Pf. 10,- A, 10 Pf. 4,20 A, einfarb.
Gitter, Wagn. ab Magdeburg, Preis, gratis.
Jaenicke & Richter, Magdeburg 48

Bettfedern aus erster Hand
geschl. 90 A, Rupp 1,75, Halb-
danne 2,75, 4,00, weiß Pflaum-
en 4,00, beste 5,00, Danne
7,00, weiß 8,00-10,00, Schleißdanne 5,00-
6,00, Oberbett in dicht. Inlett s Pfd. 12,00,
15,00, Kissen s Pfd. 3,00, 5,00 aufw. gepop.
Nachn. Musl.-Preis, fr. u. Risiko Nicht-
zurück. Böhm. Bettfed.-Spezialh. Sachsel
& Stadler, Berlin C 82, Landsbergerstr. 43.

Maurerhosen
Zweidrittel 4, 12-
Zweidrittel 4, 12-
Pfd. die Muster ein
Must. ein u. franko
Herbert Fritsche,
Niederoderwitz 1, S.

Sauerfäse.
Wenn Sie einen guten
Bauerst. effen wollen
belegte Sie s-p netto
35, 50 A. frei Haus
(Schlagnabe bei
Niederoderwitz 1, S.

**Schachtmeister-
und Polierschule**
für alle Bauhandwerke
an der Staatlichen
Tiefbauschule in
Rendsburg
Auskunft erteilt der Studiendirektor
der Staatlichen Tiefbauschule. An-
fragen sollen den-tiler erkennen
lassen, daß sie sich auf die Schacht-
meister- und Polierschule beziehen.
Billige böhm. Bettfedern
nur reine, gutfüllende Sorten
Ein Kilo gratis geschlei-
sene 5 A., halbweiß 4 A.,
weiß 5 A., bessere 6 A.,
7 A., daunenreich 8 A.,
14 A., weiße ungeschl. 7,00 A., 9,00 A.,
beste Sorte 11 A. Versand portofrei, zoll-
frei gegen Nachnahme. Muster frei.
Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 9 bei Pilsen,
Böhmen.

Wir liefern Ihnen
erstklassige
Fahrräder
von
organis.
Arbeitern
im eigenen
Betrieb
aus den allerbesten
Rohmaterialien mit äußerster
Sorgfalt hergestellt. Auf Wunsch
gegen Teilzahlung. Bei Bezah-
lung 10 Prozent Kassenscont.
Verzinsen Sie bitte unseren Spezialkatalog gratis
Fahrradhaus Frischau, Offenbach a. M.
Eigentum des Arbeiter - Radfahrer - Bundes „Solidarität“

das Rad
für
alle
unverwundlich von schneidigem Stahl und spielendem
Lauf. 3 Jahr Garantie! Besonders niedrige Preise, weil
direkt ab Fabrik.
Spezialrad schon für 46,38,-
Fahrradteile, Photos und Sportartikel, Musikwaren, Uhren
Geschenke u. Haushaltartikel sehr preiswert in nur bester Qualität.
Hunderttausende zufriedener Kunden! Verlangen Sie kostenlos
und ohne Kaufverpflichtung den Prachtkatalog der
Sigurd Gesellschaft Fahrrad-Fabrik Hassel 368
bequeme
Teilzahlung